



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION  
DER MINISTER

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration  
Baden-Württemberg · Postfach 103443 · 70029 Stuttgart

## Per E-Mail über den

Datum 11.03.2022  
Aktenzeichen 41 350.18  
(Bitte bei Antwort angeben)

Gemeindetag Baden-Württemberg e. V.  
Panoramastraße 31  
70174 Stuttgart

Städtetag Baden-Württemberg e. V.  
Königstraße 2  
70173 Stuttgart


Landkreistag Baden-Württemberg e. V.  
Panoramastraße 37  
70174 Stuttgart

an die  
Gemeinden, Städte und Landkreise  
in Baden-Württemberg

## nachrichtlich

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung  
und Kommunen  
Willy-Brandt-Straße 41  
70173 Stuttgart

Ministerium für Justiz und für Migration  
Schillerplatz 4  
70173 Stuttgart

 Ausweitung des Integrationsmanagements auf die soziale Beratung und Betreuung  
ukrainischer Geflüchteter

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit tiefer Bestürzung verfolgt das Land derzeit die Geschehnisse in der Ukraine. Die Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzung und die damit verbundene humanitäre Katastrophe haben in der Bevölkerung große Anteilnahme ausgelöst.

Der Europäische Rat hat am 4. März 2022 den erforderlichen Beschluss zur Aufnahme von Vertriebenen nach Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes gefasst. Dieser ist taggleich in Kraft getreten, sodass der vom Ratsbeschluss umfasste Personenkreis ab diesem Zeitpunkt nach nationalem Recht die Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz nach § 24 AufenthG beantragen kann. Inzwischen haben bereits viele Menschen aus der Ukraine in Deutschland und in Baden-Württemberg Zuflucht gefunden. Der ansteigende Zugang von kriegsbedingt aus der Ukraine Geflüchteten stellt nicht nur das Land, sondern insbesondere auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise vor eine Sondersituation. Um die Kommunen bei der Bewältigung der nun anstehenden Herausforderung zu unterstützen, weitet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration das Integrationsmanagement ab sofort zusätzlich auf den im Durchführungsbeschluss des Europäischen Rates vom 4. März 2022 spezifizierten Personenkreis aus.

Ab sofort können daher auch die im Ratsbeschluss benannten Geflüchteten aus der Ukraine durch die Integrationsmanagerinnen und -manager beraten und betreut werden. Alle in der VwV Integrationsmanagement aufgeführten Passagen, die bisher ausschließlich auf „Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in der Anschlussunterbringung“ beschränkt sind, werden hiermit temporär um „Geflüchtete aus der Ukraine“ erweitert.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Lucha MdL